

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 2-02/18

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Ein Hauch von Niedergang liegt in der Mülheimer Luft!

Es geht immer wüster drunter und drüber in der Ruhrstadt: Zur Etatkatastrophe oder zum ÖPNV-Desaster usw.



werden dieselben fruchtlosen Diskussionen geführt wie seit Jahren. Au weia!

Haushaltssperre, große Sanierungsprobleme an öffentlichen Gebäuden, zunehmend sich auftürmende Schulprobleme usw. werden sogar noch in den Schatten gestellt von dem Riesenskandal mit der VHS-Zerstörung. Mehr dazu auf dem Einlegeblatt.

Die BI "Erhalt unserer VHS in der MüGa" bereitet ein sog. vorbeugendes Bürgerbegehren vor, womit der Verkauf des VHS-Grundstücks verunmöglicht und die zukünftige Nutzung des VHS-Denkmal als Volkshochschule gesichert werden soll.

Ed Sheeran-Konzert ja oder nein oder doch oder doch nicht?

Sommerabend, 22. Juli, 19 Uhr. 80.000 Fans warten auf den Sänger und Weltstar Ed-Sheeran. Ein unvergesslicher Abend in der Geschichte des Flughafens Essen/Mülheim bahnt sich an – oder doch nicht? Seit Monaten geht es hin und her mit der Genehmigung für das Konzert, wofür alle Karten in kurzer Zeit verkauft waren! Die Naturschutzverbände blockieren, weil brütende Feldlerchen gefährdet seien, ein Verkehrskonzept gibt es auch noch nicht. **Warum um Himmels Willen wurden die Punkte nicht geklärt, bevor die Karten verkauft wurden!**



Tolles Ledermuseum durch städt. Bürgerschaft vorerst gerettet!



In der ehemaligen Lederfabrik Abel an der Düsseldorfer Straße wird Stadtgeschichte geschrieben. Nach allen Querelen ist das Ledermuseum vorerst gerettet – durch eine Bürgerschaft der Stadt, wie Oberbürgermeister Ulrich Scholten jetzt erläutert. Allerdings sei dieser sogenannte „Gewährvertrag“, also die Garantieübernahme der Betriebskosten, bis 2028 befristet. Das war eigentlich schon immer klar, nur wollte der SPD/Grünen-Filz das Ledermuseum kaputt machen. **Ging nicht, gut so! Eine hochnotpeinliche Geschichte mit fast bösem Ausgang!**

Tersteegenhaus akut einsturzfährdet?

Das Tersteegenhaus ist weiträumig abgesperrt, der Durchgang von der Bogen- zur Teinerstraße aus Sicherheitsgründen nicht möglich. Wer wie gewohnt über die Teinerstraße auf den Kirchenhügel zugehen will, muss das Tersteegenhaus beim CVJM-Haus vorbei umgehen. Fußgänger merken das meistens erst, wenn es nicht mehr weitergeht. Die weiträumige Absperrung ist nötig, weil, wie berichtet, ein Architekt bei der Begehung des Hauses am 15. Februar akute Einsturzgefahr gesehen hat.



Auf den folgenden Seiten:

- Haushalts- und Ausgabensperre wegen Aldi-Investitionen? Nicht wirklich! S. 2
- "Abbruch West?" oder: Der Hauch von Verfall in Mülheim S.3
- In der Stadt gratis Bus und Bahn fahren eine Luftnummer? S. 4
- MBI: ÖPNV-Fahrgäste ärgern sich über verpasste Anschlüsse S.4

Einlegeblatt: Der VHS-Skandal fffff.

Ausgabensperre wegen Aldi-Investitionen? Nicht wirklich!

WAZ 15.2.18: **“Ausgabensperre: Mülheims Kämmerer zieht die Notbremse”**

Darin u.a.: *“Mülheim. Aldi Süd investiert Millionen in Mülheimer Standorte, zahlt dafür aber weniger Gewerbesteuer. Darum verhängte Frank Mendack eine Ausgabensperre.*

Investitionen sind steuerlich absetzbar. Weil der Handelskonzern Aldi-Süd mit vielen Millionen seine Standorte in der Stadt stärkt und weiter ausbaut, kann er die dafür eingesetzten Summen in erlaubtem Maß von der Gewerbesteuer absetzen. Für den Kämmerer tut sich damit ein neues Millionenloch auf. Er kann die nach zähem Ringen im Rat verabschiedeten Ausgaben nicht mehr voll finanzieren. Darum gilt ab sofort eine Ausgabensperre. Fünf Millionen muss die Stadt jetzt sparen.” Mal unabhängig davon, dass die Kämmerei die Mindereinnahmen von Aldi sicherlich bereits im Dezember bei Etatverabschiedung hätte wissen können

Zur Erinnerung:

Am 7. Dez. musste der Mülheimer Rat endlich genehmigungsfähige Haushalte für 2017 (nachträglich) und für 2018 beschließen, um 160 Mio. auf 5 Jahre verteilt als Stärkungsmittel des Landes zu bekommen. Nach etlichen Runden konnte sich eine Kenia-Koalition (SPD, CDU, Grüne) aber nur einigen auf eine Liste, die in mindestens 2 Punkten unbrauchbar ist. Zum einen soll der Haushalt durch überhöhte Abwassergebühren saniert werden, was nicht zulässig ist. Zum zweiten soll der Kahlenbergast der StraBa-Linie 104 stillgelegt werden, was Rückzahlung von Fördergeldern in zweistelliger Millionenhöhe bedeuten würde. Die MBI forderten den Sparkommissar, weil die langjährige Mülheimer Misswirtschaft von innen kaum noch beendet werden kann, was gewisse Filzstrukturen auch nicht zulassen würden..

Der RP genehmigte noch im Dez. eher widerwillig und zähneknirschend den Etat 2017, weil sonst die Stärkungspaktmittel nicht hätten ausgezahlt werden dürfen. Den Katastrophen-Etat 2018 der Stadt Mülheim könnte die Finanzaufsicht bei noch so großer Gutwilligkeit nicht genehmigen, wenn nicht zusätzliche Maßnahmen in Mülheim ergriffen werden.

Deshalb und nur deshalb jetzt die Ausgabensperre. Alles drumherum gehört eher in das Reich von Propaganda!

Zur Verdeutlichung aus der MBI-Etatrede Okt. 17:

„... Schaut man sich aber den vorgelegten (und im Dez. beschlossenen) Etatentwurf 2018 der Stadt Mülheim genauer an, stellt man bis auf die eingepflanzten jährlich ca. 31 Mio. € aus dem Stärkungspakt wenig Unterschiede zu allen vorherigen Mülheimer Etats fest, was bekanntlich seit 2003 exponentiell, sogar hyperexponentiell die Haushaltskatastrophe griechischen Ausmaßes hervorbrachte. Fast alles basiert auch im Etatentwurf für 2018 auf fiktiven Mehreinnahmen von 2016 bis 2021 (Grundsteuer + 16%, Gewerbesteuer + 23%, Einkommenssteuer + 26%, Umsatzsteuer + 47%, Schlüsselzuweisungen + 46%.) Und die bilanzielle Überschuldung würde trotz aller Stärkungspaktmittel und trotz den o.g. Wunschsteuermehreinnahmen von 439 Mio. 2015 auf ca. 600 Mio. in 2021 anwachsen.”

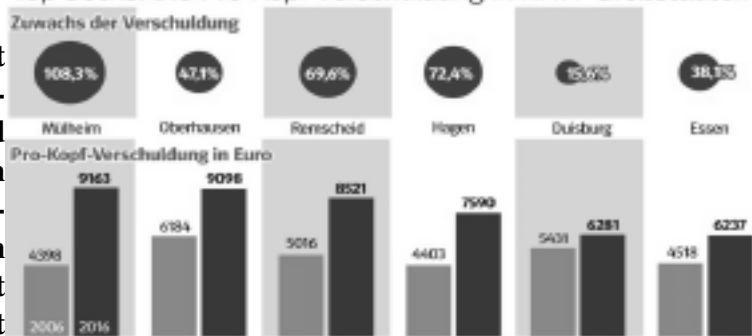
Nur am Rande:

Die einst reiche Stadt Mülheim hat inzwischen die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller NRW-Großstädte und hatte laut Bertelsmann-Studie im letzten Jahrzehnt das höchste Verschuldungstempo aller deutschen Großstädte. Noch viel gravierender aber ist: Mülheim ist als einzige Großstadt weit und breit seit

Jahren auch bilanziell überschuldet mit dramatischen Zuwachsraten, hat also ein negatives Eigenkapital. Zweck und Ziel jeder Haushaltsplanung, von Haushaltssicherungskonzepten, Sanierungsplänen oder Stärkungspaktmitteln einer finanzschwachen Kommune oder eines kriselnden Betriebes ist es, den Eintritt der bilanziellen Überschuldung zu verhindern, weil das eigentlich Zahlungsunfähigkeit bedeutet und ein Insolvenzverfahren in Gang setzen müsste. Mit anderen Worten: Seit Jahren ist die Finanzlage der Stadt Mülheim gesetzeswidrig, weil die dauerhafte bilanzielle Überschuldung weder vorgesehen, noch erlaubt ist.



Top Sechs: Die Pro-Kopf Verschuldung in NRW-Großstädten



"Abbruch West?" oder: Der Hauch von Verfall in Mülheim ...

Das Jahr 2017 war ein Jahr von außergewöhnlichem Wirtschaftsboom in Deutschland. Bund, Länder und die meisten Städte konnten Rekordsteuereinnahmen verbuchen. Da die EZB gleichzeitig ihre Null-Zinspolitik weiterführte, konnten etliche hoch verschuldete Städte auch im Ruhrgebiet nach langer Zeit wieder ausgeglichene Haushalte vorweisen, darunter Duisburg, Essen und selbst Oberhausen.

Auch die finanziell am meisten vor die Wand gefahrene Stadt Mülheim profitierte vom Boom und niedrigen Zinsen. Der Kämmerer musste dennoch zuletzt für 2017 bereits 8,6 Mio. mehr an Haushaltsloch prognostizieren als ursprünglich geplant. Und das trotz 5,4 Mio. weniger Zinsen als gedacht und 6,3 Mio. Mehrerträge durch Sonderrückzahlungen des LVR! Doch das Durcheinander und die Perspektivlosigkeit hat auch andere Bereiche der Ruhrstadt, die einst den Beinamen "sympathisch" trug, ergriffen. Und das belastet unabhängig von



aktuellen Finanzproblemen die Zukunftsfähigkeit erheblich. Mülheim hat sich in eine Sackgasse hineinmanövriert, sowohl städtebaulich wie finanziell. Und das, wo nun bittere Rückschläge für die Wirtschaft zu verzeichnen sind mit dem Ende von Kaiser`s-Tengelmann, dem Weggang von Brenntag, der drohenden Massenentlassung bei Siemens usw.. Weitermachen wie gehabt wird kaum noch gehen. Im folgenden 4 "Erblasten" nur aus 2017:

Beispiel 1: Zu Jahresbeginn wurden 2 gravierend falsche Personalentscheidungen getroffen.

- 1.) Kämmerer Bonan, erst Ende 2013 für 8 weitere Jahre wiedergewählt, stieg bei Verdreifachung des Gehalts auf zum Geschäftsführer der noch nicht gegründeten Ruhrbahn als Fusion von MVG und Evag, obwohl kein Nahverkehrsfachmann. **Ein glatter Fehlstart der grundsätzlich begrüßenswerten Fusion.**
- 2.) Auch die Nachfolge von Bonan als Kämmerer verlief skandalös: Der öffentlich erklärte Wunschkandidat war Mendack, ex-Referent von ex-OB Mühlenfeld, alles andere als ein Haushaltsexperte. Der hatte sich selbst nicht einmal beworben und holte das aufgrund eines WAZ-Artikels in allerletzter Sekunde nach. Die Verwaltung weigerte sich, Vorstellungstermine mit anderen Kandidaten zu organisieren. Peinlich!

Beispiel 2: Das ÖPNV-Desaster, auch als Folge rot-grüner Umfallerei

Über Monate setzten die Nahverkehrsexperten von SPD, Grünen und MBI sich im Frühsommer zusammen und entwickelten ein besseres Nahverkehrskonzept für Mülheim mit diversen Einzelmaßnahmen. Erst blockierte die Verwaltung, dann machte die SPD einen Teil-Rückzieher und im Dezember machte die Kenia-Koalition von SPD, CDU und Grünen auch den Rest des im Juli beschlossenen Konzeptes für ihren Haushaltsbeschluss wieder rückgängig. Zu allem Überfluss gaben SPD und Grüne auch noch zusätzlich dem Drängen der CDU auf Stilllegung des Kahlenbergasts der Linie 104 nach, obwohl alle wissen, dass der RP dabei Rückzahlungen in zweistelliger Millionenhöhe verlangen müsste und würde. Und so befindet sich die gesamte ÖPNV-Diskussion in Mülheim wieder auf dem Stand von 2010 trotz 5 sehr teuren, nutzlosen Gutachten und einem NVP, was nicht zum neuen Partner Essen passt, wo neue Straßenbahnlinien geplant und nicht alte abgebaut werden. Die MH-Verkehrspolitik ist beschämend, denn auch beim konfusem Straßenverkehrskonzept oder der Parkplatzproblematik werden bessere, zeitgemäßere und billigere Lösungen nicht wirklich gesucht.

Beispiel 3: Die skandalöse VHS-Zerstörung

Beim 3. Versuch in weniger als 4 Jahren, diese denkmalgeschützte VHS vom MüGa-Standort weg zu bekommen, haben Verwaltung und Politik dieses Mal alles von längerer Hand geplant und eingestielt. Unsere davor gut funktionierende, einzigartige VHS in der MüGa ist einfach für tot erklärt und das Kursangebot auf Minimalangebot herunter gefahren worden, ohne jegliche Rücksicht auf Verluste. Da wird lieber für Millionen ein Ersatzstandort angemietet als das VHS-Gebäude zu sanieren. Mehr zu dem Riesenskandal auf dem Einlegeblatt.

Beispiel 4: Die unprofessionelle Haushaltsplanung und die zugehörige Misswirtschaft

Der Haushalt 2017 wurde im Stadtrat beschlossen, eine Genehmigung seitens der Finanzaufsicht erfolgte erst Mitte Dez., da geknüpft an Einsparmaßnahmen von ca. 5 Mio. über den GPA-Katalog, der im Feb. den Fraktionen nachträglich(!) zur Haushaltsverabschiedung vorgelegt wurde. Die MBI gingen die 115 GPA-Vorschläge in mehreren Sitzungen alle durch und waren im April dazu entscheidungsfähig. Damit standen sie aber vollständig alleine bis kurz vor der Etatsitzung im Okt., eigentlich zur Verabschiedung des darauf folgenden Haushalt 2018. Doch der Stadtrat war außerstande, für 2017 und 2018 genehmigungsfähige Etats zu beschließen. In 12 Stunden Ratssitzung giftete man sich fast nur gegenseitig an. Erst im Dez. wurde das dann nachgeholt. Der RP genehmigte umgehend für 2017, denn erneut war das Haushaltsjahr fast vorbei, als der Etat formal genehmigt wurde, real waren aber alle Ausgaben bereits getätigt. Eine Farce! Zum Etat 2018 siehe S. 2

MBI: ÖPNV-Fahrgäste ärgern sich über verpasste Anschlüsse

Die MBI kritisieren, dass Busse der Linie 130 am Hauptfriedhof abfahren, obwohl nicht alle Kunden umgestiegen sind. Besonders Gehbehinderte sind im Nachteil.

Das Kappen der Straßenbahn auf dem Flughafenast hat die Bezirksregierung Düsseldorf bis heute nicht genehmigt. Trotzdem verbindet seit sechs Jahren die Buslinie



130 über Haarzopf den Hauptfriedhof mit dem Rhein-Ruhr-Zentrum. Seither reißen Beschwerden über schlechte Umsteigemöglichkeiten und verpasste Anschlüsse der Fahrgäste nicht ab. Sie sehnen sich nach der Straßenbahn zurück. Die MBI machten daraus eine Anfrage im Mobilitätsausschuss.

Der Ruhrbahn seien "solche Beschwerden nicht bekannt", hieß es in einer typischen Antwort des Nahverkehrsbetriebes. Wegen der selten funktionierenden Anschlüsse sind aber einige Bewohner der Flughafensiedlung frustriert auf das Auto umgestiegen. "Auf gute Anschlüsse kann man sich nicht verlassen", bestätigt ein Senior am Hauptfriedhof dem WAZ-Reporter. Er ist gehbehindert. Als er aus der Straßenbahn ausgestiegen ist, sieht er vom Bus, der ihn zur Windmühlenstraße bringen soll, nichts mehr.

"Ärgerlich ist das an Samstagen oder Sonntagen, wenn man fast 30 Minuten auf den nächsten Anschlussbus warten muss", sagt Gerd-Wilhelm Scholl von den MBI. An anderen Tagen seien es fast 20 Minuten. "Warum wartet der 130er nicht, bis alle Umsteiger das Fahrzeug erreicht haben? Brauchen sich Sub-Unternehmer, die im Auftrag der Ruhrbahn fahren, nicht an die Vorgaben zu halten?", fragten die MBI weiter. Am Rhein-Ruhr-Zentrum (RRZ) klappten die Übergänge von der Linie U18 zur Buslinie 130 auch nicht immer. "Warum gibt es bei Verspätungen der U 18 keine Meldung darüber an den Fahrer der Linie 130, den Anschluss abzuwarten? Bei den wenigen Zustiegern zwischen RRZ und Schlingmannsweg ist der Bus an der Haltestelle Erbach wieder im Plan", argumentiert die MBI.

"Am Hauptfriedhof halten Straßenbahnen der Linien 104 und 112 sowie die Busse der Linie 130 an unterschiedlichen Haltepunkten. Im Regelfall wird auf Anschlussfahrgäste geachtet und Rücksicht genommen. Das Verhalten an Anschlusshaltestellen und weitere Vorgaben der Ruhrbahn gelten selbstverständlich auch für Subunternehmer", antwortet die Ruhrbahn.

Am Rhein-Ruhr-Zentrum könne der 130er nicht auf die U 18 warten. Die Buslinie sei mit weiteren Linien in Essen-Haarzopf und am Hauptfriedhof verknüpft - zur Bildung von Anschlussmöglichkeiten. Eine verspätete Abfahrt des 130ers sei zu vermeiden und eine Fahrzeitverschiebung aktuell nicht möglich. Der 130er sei Zubringer zum RRZ, weniger Anschluss zur U18.

Der Nahverkehr in Mülheim ist nicht nur teuer und wenig effektiv, sondern leider auch kundenunfreundlich!

In der Stadt gratis Bus und Bahn fahren eine Luftnummer?



Kostenloser öffentlicher Nahverkehr könnte in Deutschland Realität werden, denn die Bundesregierung muss ihre Maßnahmen für saubere Luft in den Städten deutlich ausweiten. Sonst droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Das soll unter anderem mit kostenlosem öffentlichen Nahverkehr verhindert werden. Dies geht aus einem Brief von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Kanzleramtschef Peter Alt-

maier (CDU) an EU-Umweltkommissar Karmenu Vella hervor. **Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen soll in fünf Städten getestet werden, und zwar in Bonn, Essen, Herrenberg (Baden-Württemberg), Reutlingen und Mannheim.**

Doch: Kostenloser ÖPNV ist beileibe nicht unumstritten!

Ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr, wie er etwa in der estnischen Hauptstadt Tallinn eingeführt wurde, ist nicht unumstritten: Zwar sinkt die Anzahl der Autos auf den Straßen, während die Auslastung von Bussen und Bahnen steigt. Durch die vielen Umsteiger wird eine deutlich höhere Kapazität zu den Stoßzeiten nötig und es kommen zusätzliche Ausgaben auf die Städte zu. So konnte auch die Stadt Tallinn nach dem Anstieg der Fahrgastzahlen die Kapazitäten aus finanziellen Gründen zunächst nicht erhöhen.

Auch die US-Stadt Portland stellte 2012 nach fast 40 Jahren die kostenlosen Busfahrten in der Innenstadt ein. Anlass war eine Finanzierungslücke, gleichzeitig kamen die Busse durch die vielen Kurzstreckenfahrergäste jedoch auch immer schlechter voran.

Einlegeblatt doppelseitig

M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

VHS-Skandal ffff.: Man glaubt es kaum

Offener Brief einer VHS-Dozentin zur VHS-Zerstörung

Sehr geehrte Damen und Herren von der Lokalpolitik und der Stadtverwaltung! Von Ihrer Seite ist zu hören, dass einige von Ihnen um die VHS Mülheim besorgt seien.



Erlauben Sie mir Ihnen in groben Zügen von dem zu erzählen, das Ausdruck für Einsatz und Engagement für die Institution VHS am Standort Mülheim ist.

Ich bin seit nunmehr 20 Jahren als engagierte Dozentin an dieser Bildungseinrichtung tätig und habe miterleben dürfen, wie sich gerade unsere verhältnismäßig kleine VHS einen vorzüglichen Ruf erarbeitet hat. Und wenn ich schreibe: "erarbeitet", dann meint das die zielgerichtete Zusammenarbeit der engagierten Dozenten, Fachbereichsleiter, hauptamtlichen Mitarbeiter von der Anmeldung bis hin zur Raumverteilung. Durch viele kleine und große Maßnahmen haben all diese Menschen, einschließlich verlässlicher Hausmeister, Medientechniker und eines verlässlichen Reinigungspersonals, als Team (!) daran gearbeitet, dass schließlich nicht nur viele Kursteilnehmer aus Mülheim selbst, sondern auch immer mehr aus den umliegenden Städten zur VHS Mülheim gekommen sind und unser weitgefächertes Angebot gerne angenommen haben. Ja, der Zuspruch war so groß, dass wir mitunter Kurse gar nicht anbieten konnten, da alle Räume im Haus ausgebucht waren — und ich spreche von 6000 qm! So sind wir bspw. im Bereich der Fremdsprachen ein anerkanntes Prüfungszentrum und prüfen Menschen aus Duisburg, Oberhausen, Essen, ja fast bis an den Niederrhein, und zwar aus dem Grund, dass wir guten Service und Fachkompetenz bewiesen haben. (Wozu selbst in der Freizeit die Reflexion darüber gehört: was könnte noch verbessert werden, wie könnte das Angebot weiter im Sinne der Kursteilnehmer gestaltet werden?) Viele Jahre mussten wir gegen das sogenannte Makramee-Image ankämpfen, aber durch das oben angerissene teamorientierte Engagement konnte die VHS Mülheim eine Qualität bieten, die viele Konkurrenten gerade im Bereich Sprachen gerne hätten. Vergleichbares gilt für das gesamte Kurs-Angebot. In allen Bereichen waren die Dozenten sowohl hoch motiviert als auch qualifiziert.

All dieses ist nun zerstört ...

Und es sind nicht die Brandschutzmängel und schon gar nicht ein „mal eben so“ in den Raum geworfenes, auf keinerlei Fakten beruhendes Statik-Problem, was die VHS kaputt macht. Es ist das stetige Störfeuer seitens der Verantwortlichen in Stadtverwaltung und Lokalpolitik: immerhin ist dies der 3. Versuch, sich der VHS an der Bergstraße zu entledigen. Davon lesen alle interessierten Bürger und sind verunsichert, wenn sie hören, dass die VHS vielleicht einer Sparkassenakademie weichen soll, gar vielleicht abgerissen werden soll, oder nicht oder doch, oder was ...

Und so entpuppt sich jenes als blanker Aktionismus, das dem Bürger als "Besorgtsein" verkauft wird.

Seit nunmehr 5 Monaten steht die VHS leer, seitdem sind hunderttausende von Euros für Mieten, für Zusatzpersonal, für Wachpersonal, für alle möglichen Dinge ausgegeben worden — **nur nicht für den Erhalt der VHS.**

Ein Gutachten, was den wirklichen Zustand der VHS untersucht, hätte innerhalb von 14 Tagen erstellt werden können, sowie eine Empfehlung für die Brandschutz und Sanierung betreffenden Maßnahmen. —

Dies hätte längst geschehen können ... wäre man besorgt um die VHS.

Der Architekt der VHS hat Ihnen angeboten, ein solches Gutachten sowie eine solche Empfehlung auf seine Kosten (!) erstellen zu lassen. Dies hätte man längst annehmen können ... **wäre man besorgt um die VHS.**

Die Brandschutzmängel wurden 2012 festgestellt und ein Sanierungsplan vorgelegt — man hätte die bereitgestellten Gelder abrufen und sanieren können ... wäre man besorgt um die VHS.

Stattdessen wird diese offenbar wandlungsfähige Besorgnis nun folgendermaßen verkauft: eiligst muß ein, ja, wie man hört, sogar “mit Hochdruck” gesuchter Interimsstandort her!

Doch dabei stellen sich zu viele Fragen:

- Kurz nach der Schließung der VHS wusste Herr Mendack bereits, dass es 5 Jahre dauern würde, bis diese wieder öffnen könnte. Dies eine ohne jede Beweise in den Raum geworfene Vermutung. Ist es da ein Zufall, dass die leerstehenden Räume im Gebäude Broicher Mitte genau für diese 5 Jahre anzumieten sind, oder war da im Vorfeld schon etwas “geahnt” worden?
- Stück für Stück erfährt die Öffentlichkeit die wahren Kosten der Interimslösungen; erfährt, dass der Immobilienfirma Vonovia zig Millionen dafür gezahlt werden, dass die Räume, die offenbar im Gebäude Broicher Mitte leerstehen, tauglich für den VHS-Kursbetrieb gemacht werden. Und noch wurde der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt, dass nach nur 5 Jahren Nutzung weitere Millionen an Vonovia gezahlt werden müssen, da diese doch eigentlich nur für 10 Jahre vermieten wollen. Wer also profitiert von solch einer Lösung? Vonovia? Vermittler? — Bestimmt nicht die Mülheimer Bürger!
- Hängen die ständigen Versuche seitens der Verantwortlichen in der Stadtverwaltung etwa damit zusammen, dass der Pachtvertrag für die MüGa bald ausläuft und man dann das ganze Areal als Bauland veräußern kann? Wenn man nun den Bürgern weismacht, dass sich ein Interimsstandort erst ab 20 Jahren rechnet, dann könnte man sich ja in ein paar Jahren des denkmalgeschützten VHS Gebäudes entledigen und alles zusammen versilbern ... Wer profitiert dann von solch einer Lösung? — Die Mülheimer Bürger etwa?

Sehr geehrte Damen und Herren von der Lokalpolitik und der Stadtverwaltung, wenn also von Ihrer Seite zu hören ist, dass Sie um die VHS besorgt sind, dann lässt es mich schaudern, denn diese “Besorgnis” ist nichts anderes als die Zerstörung einer Institution, die sich über viele Jahre bewährt und einen exzellenten Ruf genossen hat. Die Frage, die sich mir und zigtausenden Mülheimer Bürgern stellt, ist:

Wer kann von einer so verwalteten Stadt Nutzen haben?

DER VHS-SKANDAL: L. Reinhard, MBI-Vertreter im Hauptausschuss

In der Fragestunde des Hauptausschusses am 15. Feb. wurde nachgefragt, mit welcher Begründung dem Architekten Teich ein Zutritt in die seit Sept. geschlossene VHS verwehrt werde. Darauf antwortete Dezernent Mendack in einer Art und Weise, die selbst mich in ihrer Schärfe und Abgezocktheit erschreckt hat. Er sagte sinngemäß: Wo kämen wir denn hin, wenn irgendein Architekt das Gebäude sehen dürfte, wo doch alles beschlossene Sache ist. Und der Rat habe der Verwaltung doch vollstes Vertrauen ausgesprochen.



Deshalb zur Erinnerung:

Der Architekt Dipl. Ing. Dietmar Teich hatte seinerzeit den Wettbewerb gewonnen zum Bau unserer einzigartigen und inzwischen denkmalgeschützten VHS in der MüGa und war bauleitender Architekt. Als er mitbekam, mit welchen haarsträubenden Begründungen sein Bauwerk geschlossen und jegliche Sanierung beendet wurde, war er zu Recht entsetzt. Da war von „Pfusch am Bau“, von „löchrig wie Schweizer Käse“, von vermuteten Statikproblemen die Rede. Das bedeutete auch eine massive Rufschädigung, ohne dass seitens der Stadt jemand ihn kontaktiert hatte, geschweige denn seine fachkundige Stellungnahme erbeten hätte.

Herr Architekt Teich will deshalb mit einem in seinem Auftrag tätigen, renommierten Gutachter die VHS besichtigen und zusammen mit der Einsicht in die zugehörigen Akten auf seine Kosten ein Gutachten erstellen lassen über notwendigen Brandschutz, evtl. Statikmängel usw. inkl. der zugehörigen Kosten.

Das aber will die Stadt anscheinend mit allen Mitteln verhindern. Warum wohl? Es gehört nicht viel Fantasie dazu, Antworten zu finden, oder?

Der gleiche städtische Immobilienservice (IS), der als „Hausherr“ juristisch jedem den Zugang zu dem seit bereits 5 Monaten stillgelegten VHS-Denkmal verweigern kann, war/ist ansonsten nicht so zimperlich, wenn es um Gutachten oder Kostenschätzungen für oder gegen den VHS-Erhalt geht. Immer noch wirft der IS bedenkenlos eine Zahl von 16 Mio. € für Gesamtsanierung in den Raum, wohlwissend, dass diese Schätzung 2014 als die teuerste von 3 Varianten angegeben worden war (daneben 6 Mio. bzw. 11,5 Mio. €), als es darum ging, die VHS vom MüGa-Grundstück wegzubekommen für eine Sparkassenakademie. Dass damals das gleiche Architektenbüro diese Sanierungsszenarien für den IS aufgestellt hatte, das gleichzeitig die städtische Bewerbung für die Sparkassenakademie durchführte, gab dem ganzen ein „Geschmäckle“, ließ aber auch Zweifel an der Seriosität dieser Szenarien als berechtigt erscheinen.

Mitglieder der BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ stellten bei einer Akteneinsicht fest, dass die 16 Mio-Variante zur VHS-Sanierung für einen VHS-Umbau als Sparkassen-Akademie berechnet war! Später gestand der IS-Chef öffentlich ein, dass die notwendige VHS-Sanierung auch mit 4,2 Mio. € möglich sei.